



Kampagne für
Entschuldung und
Entschädigung im
Südlichen Afrika

«Die Menschen in Südafrika können stolz sein auf die politischen und menschenrechtlichen Veränderungen der letzten Jahre. Eine vergleichbare sozio-ökonomische Transformation hat leider noch nicht stattgefunden.»¹

Vor sechzehn Jahren fanden in Südafrika die ersten demokratischen Wahlen überhaupt statt. Das neue Südafrika war Realität geworden, verbunden mit grossen Erwartungen der schwarzen und farbigen Bevölkerung auf eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Der Bedarf an Wohnraum, Bildung und Arbeit war immens, der Zugang zu Land und gesundheitlicher Versorgung sollte allen offen stehen. Heute ist das neue Südafrika weit von diesen Zielen entfernt.

Während alle Frauen und Männer in Südafrika politische Rechte ausüben können und damit die zentrale Forderung des Anti-Apartheid-Kampfes «one person – one vote; ein Mensch – eine Stimme» erfüllt wurde, kann Gleiches bezüglich der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen nicht gesagt werden. Wesentliche Gründe dafür liegen in der Apartheid-Vergangenheit des Landes.

Das Apartheid-Regime hat systematisch die Menschenrechte verletzt. Basierend auf einer rassistischen Ideologie ist die schwarze und farbige Bevölkerungsmehrheit während Jahrzehnten entrechtet und ausgebeutet worden. Neben dem Holocaust ist nur noch die Apartheid von der internationalen Gemeinschaft als Verbrechen gegen die Menschheit gebrandmarkt worden. Das hat zahlreiche internationale Banken und Konzerne nicht daran gehindert, das Apartheid-System wirtschaftlich zu unterstützen und zu fördern.

Durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission TRC ist einiges von dieser Vergangenheit aufgearbei-

apartheid

unfinished business



tet worden; vieles liegt als «unfinished business» weiterhin im Dunkeln. Seit vielen Jahren setzen sich Organisationen in Südafrika und auf der ganzen Welt dafür ein, dass diese unerledigte Vergangenheit aufgeklärt wird, als Voraussetzung für eine gerechtere Zukunft. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme im heutigen Südafrika machen dieses Anliegen dringlich.

Für 2010 ist Optimismus angesagt. Die Fussballweltmeisterschaft findet in Südafrika statt, zum ersten Mal in Afrika. Dort und hier freuen sich viele Menschen auf dieses Ereignis. Doch wenn die deutsche Nationalelf mit dem Logo von Daimler als Hauptsponsor einläuft, dann wird vielen Apartheid-Opfern schmerzlich bewusst, dass gegen diesen Konzern gleichzeitig ein Gerichtsverfahren wegen Kollaboration mit dem Apartheid-Regime hängig ist. Die Crédit Suisse CS als Sponsorin der Schweizer Nationalmannschaft ist zwar nicht mehr in das Verfahren verwickelt, ihre enge Zusammenarbeit mit dem Unrechtsregime ist jedoch breit belegt, wie auch jene der UBS.

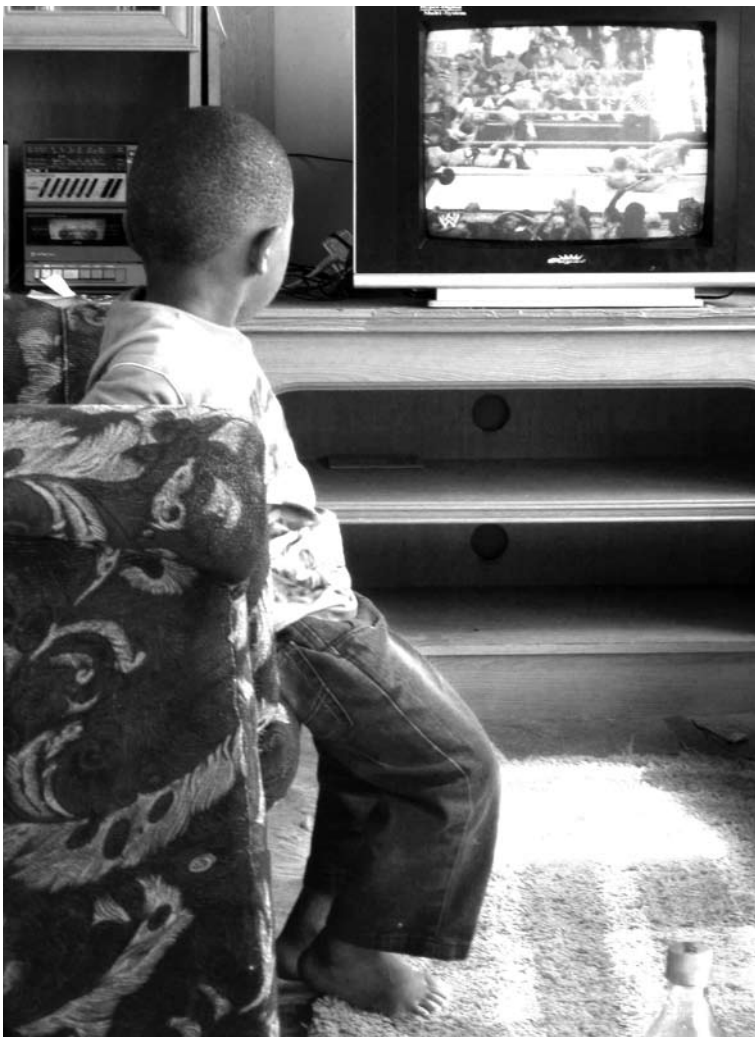
KEESA – Informationen Frühjahr 2010

Mit diesem Informationsblatt weist die KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika) auf einige ungelöste Probleme aus der Apartheid-Zeit hin, die Südafrikas Zukunft gefährden.

Darüber hinaus wirft sie die grundsätzliche Frage nach der Entschädigung für die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen und der Verantwortung von Konzernen und Banken auch aus der Schweiz auf.

«Die Konzernmacht zwingt die Regierung des neuen Südafrika, eine neo-liberale, auf den globalen Markt orientierte Wirtschaftspolitik zu akzeptieren, was jede Möglichkeit einer Umverteilung ausschliesst.»²

Die südafrikanische Volkswirtschaft ist bei weitem die grösste Afrikas und gehört weltweit zu den dreissig bedeutendsten. Südafrika ist Teil der G20, der wichtigsten Industrienationen. Südafrika gehört aber auch zu jenen Nationen mit einer zunehmenden und extremen wirtschaftlichen Ungleichheit. Während die reichsten zehn Prozent, vornehmlich Weisse, über 51 Prozent der Einkommen und Vermögen verfügen, lebt die Hälfte der Bevölkerung in Armut und Arbeitslosigkeit. Gemäss Index der menschlichen Entwicklung (HDI) liegt Südafrika lediglich auf Platz 129 (von 182 Ländern). Die soziale Ungleichheit trifft in erster Linie die schwarze Bevölkerungsmehrheit; wesentliche Gründe dafür liegen in der Apartheid-Vergangenheit. Die weisse Minderheit benötigte billige und rechtlose Arbeitskräfte für Landwirtschaft, Bergbau und private Haushalte. Auf Rassismus gegründete Gesetze schlossen Schwarze und Farbige von Ausbildung, beruflichem Aufstieg und politischen Rechten aus.



Für die grosse Mehrheit der jungen Menschen in Südafrika sind die Zukunftsperspektiven auch nach 1994 alles andere als rosig.

Wirtschaft

Der Übergang zu demokratischen Verhältnissen 1994 brachte der schwarzen Bevölkerung dann politische Rechte, eröffnete aber den Wenigsten eine wirtschaftliche Chance. Anstatt dass dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen wurden – vor allem auch für junge Menschen –, nahm die Arbeitslosigkeit zu. In der Landwirtschaft und den übrigen Wirtschaftssektoren gingen je über eine halbe Million Stellen verloren. Weiterbestehende strukturelle Ungleichheit und rassistische Vorurteile verwehrten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit weitgehend den Zugang zu sozio-ökonomischem Einfluss, Eigentum und Chancen. Segregation, Ausbeutung und Unterdrückung hatten während der Apartheid-Zeit die sozialen Strukturen der schwarzen Gemeinschaften zerstört – ein wichtiger Grund dafür, dass deren Verarmung andauert. Die Folgen sind Gewalt, Kriminalität und ein grosses soziales Konfliktpotential, die ihrerseits wieder Armut schaffen.

1994 hätte wirtschaftspolitisch einen Wandel einläuten können, wenn der regierende ANC das versprochene Wirtschaftsprogramm (RDP) auch umgesetzt hätte. Doch der Druck der mächtigen südafrikanischen Unternehmen und der internationalen Finanzinstitutionen war zu gross. Mit der Einführung des Wirtschaftsprogramms 1996 (GEAR) verfügte die neue südafrikanische Regierung die totale Marktöffnung, Budgetrestriktionen und Privatisierungsmassnahmen. Heute kämpfen die BewohnerInnen der Townships für den Zugang zu Wasser und Elektrizität.

«Wir hatten schöne Pläne, bevor wir die Wahlen 1994 gewannen. Aber dann entdeckten wir Tatsachen, die wir zuvor nicht gekannt hatten. Zum Beispiel hatten wir öffentliche Schulden von 254 Milliarden Rand, die wir mit 50 Milliarden Rand Zinsen pro Jahr bezahlten. Das lähmte praktisch alle unsere Pläne. Das ist das grösste Hindernis in diesem Land für den Fortschritt.» So die 2003 von Nelson Mandela gezogene Bilanz. Die Ökonomin Mascha Madörin hat aufgezeigt, wie das Apartheid-Regime gegen Ende der 1980er Jahre wirtschaftlich am Ende war, aber von internationalen Banken, darunter an vorderster Front den Schweizer Grossbanken, mit Krediten am Leben gehalten und in der Umgehung von internationalen Sanktionen unterstützt wurde (Madörin 2008). Die immensen Kosten dieser Geschäfte wurden dem neuen Südafrika aufgebürdet. Allein die Überwälzung von Währungsverlusten auf den Staat kostete diesen 120 Milliarden Rand; Geld, das nach 1994 für Wohnungsbau, Bildungs- und Gesundheitsmassnahmen fehlte. «Es ist unmoralisch und ungerecht, dass die Bevölkerung zweimal für die Apartheid bezahlen muss», heisst es in der Erklärung der KEESA und der internationalen Entschuldungskampagne von 1998. Doch genau diese Ungerechtigkeit dauert an.

Gewalt

Die Zahlen sind alarmierend: Kriminelle Gewalt behindert die Entwicklung des Tourismus in Südafrika und ist auch immer wieder als Argument gegen die Abhaltung der Fussball-WM im Land am Kap genannt worden. Armut verbunden mit grossen sozialen Unterschieden führt überall auf der Welt zu einer hohen Verbrechensrate. Die hohe Gewaltbereitschaft in Südafrika ist aber auch eine Folge der Apartheid.

Die eigene Ohnmacht und Rechtlosigkeit angesichts von Willkür und Gewalt bildeten die demütigende Grunderfahrung der schwarzen Bevölkerung Südafrikas vor und während der Apartheid. Auf den Farmen waren Auspeitschungen üblich zur Disziplinierung. Gewalt als Machtmittel wurde von den burischen Vorarbeitern auch in den Minen des Witwatersrand eingesetzt. Dazu kam für Millionen die gewaltsame Vertreibung aus Dörfern und Wohngebieten, die Erfahrung polizeilicher Willkür und Grausamkeit. Schwarze Frauen erfuhren die sexualisierte Machtausübung in Form von Vergewaltigungen, die im Allgemeinen straffrei blieben.



Informelle Siedlung namens «Europe» in der Nähe von Kapstadt.

Eine weitere Grunderfahrung war die strukturelle Gewalt, die in der systematischen Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung bestand. Dazu einige Beispiele: Die staatlichen Aufwendungen für Erziehung betragen für ein schwarzes Kind bis zu zehn Mal weniger als für ein weisses. Auch die gesundheitliche Versorgung war für Schwarze weniger ausgebaut und qualitativ schlechter als für Weisse. Der schwarzen Bevölkerung wurde die südafrikanische Staatsbürgerschaft aberkannt, sie wurde zu BürgerInnen der künstlich geschaffenen Homelands gemacht, musste ihre Arbeitskraft aber nach wie vor im weissen Südafrika verkaufen. Die Folgen der Wanderarbeit waren tiefgreifend: Familien wurden auseinander gerissen, Kinder wuchsen ohne Väter auf, Ehepaare entfremdeten sich, die Prostitution nahm zu.

Durch hohe Gewaltbereitschaft zeichnete sich auch die Bevölkerung europäischer Abstammung aus. Be-

«Während der Apartheid (1948-1994) bildeten Polizeiwilckür, rassistische Gesetze und vielfältige Formen struktureller Gewalt den Rahmen für die Akzeptanz von Gewalt als Machtmittel in allen Lebensbereichen.»³

sonders im burischen Milieu mit seiner patriarchalischen Ideologie war häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder weit verbreitet. Frauen galten als nicht voll Handlungsfähige, die unter der Vormundschaft ihrer Väter, Brüder und Ehemänner standen. Vergewaltigung in der Ehe wurde als Mittel der Disziplinierung und als Recht des Ehemannes betrachtet und nicht geahndet.

Die heutigen Erwachsenen sind in den 1980er und 1990er Jahren aufgewachsen, als das Leben in den Townships von kriegsähnlichen Verhältnissen geprägt war. Polizei und Sicherheitskräfte verhafteten Kinder und steckten sie ins Gefängnis. Die Wahrheitskommission TRC zeigte, dass Folter und Vergewaltigungen bei Verhören systematisch eingesetzt wurden. Auf der andern Seite kämpften Strassengangs und «Comrades» miteinander um die Kontrolle der Townships.

16 Jahre genügen nicht, um eine solche Hinterlassenschaft zu beseitigen. Südafrika hat heute zwar eine fortschrittliche Verfassung, welche der Respektierung der Menschenrechte grosses Gewicht zumisst und dem Staat die Verantwortung für den Schutz seiner BürgerInnen überträgt. Der Staat hat jedoch weder die rechtlichen noch die finanziellen Mittel, um die übernommenen strukturellen Ungleichheiten wirksam zu bekämpfen. Die hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit sorgen gerade bei jungen Männern für grosse Frustrationen. Diese Machtlosigkeit versuchen sie teils mit Gewaltausübung zu kompensieren.

Südafrika beherbergt zudem gegen 4 Millionen Flüchtlinge und MigrantInnen aus dem ganzen afrikanischen Kontinent. Sie wurden in den letzten Jahren zum Ziel von ausländerfeindlichen Übergriffen, die 2008 pogromartige Formen annahmen. Aber auch der Polizei und anderen staatlichen Stellen wird xenophobes Verhalten besonders gegenüber Flüchtlingen aus dem benachbarten Zimbabwe vorgeworfen.

Thandiwe Shezi

Thandiwe Shezi engagierte sich als junge Frau für die verbotene ANC Youth League und die Women's League. 1988 wurde sie von der Sicherheitspolizei des Apartheidregimes zu Hause in Soweto aufgesucht. Sie suchten nach Waffen und schlugen sie, ihre Mutter und ihre Kinder. In der Polizeistation Alexandra wurde sie über Stunden und Tage hinweg gefoltert und vergewaltigt. Als sie zehn Jahre später im Juli 1997 vor den speziellen Anhörungen für Frauen der Wahrheitskommission aussagte, hörte ihre Mutter zum ersten Mal, was ihrer Tochter widerfahren war. Thandiwe Shezi hatte Mühe sich im Leben zurechtzufinden, begann ihre Kinder zu schlagen und war auch sonst sehr aggressiv. Als der Vorsitzende der Wahrheitskommission, Desmond Tutu, sie fragte, wie sie denn mit ihrem Schmerz und ihrem Leid umgehen würde, nannte sie die Selbsthilfegruppe für Opfer, Khulumani Support Group, wo sie sich erstmals ihrem Trauma unter psychologischer Leitung stellen konnte.

«Oberhalb eines gewissen Niveaus der Arbeit gibt es keinen Platz für die Bantus in der europäischen Gemeinschaft. ... Was nützt es, ein Bantu-Kind Mathematik zu lehren, wenn es sie praktisch doch nicht anwenden kann? Das ist doch absurd.»⁴

Als die National Party, die Partei der burischen Bevölkerung, 1948 an die Macht kam, war dies der Beginn des bis 1994 dauernden Apartheid-Systems, der durch Gesetze erzwungenen Segregation nach rassistischer Zugehörigkeit. Apartheid bedeutet in der Sprache Afrikaans «Getrennt Sein», wobei die Gesetzgebung die Menschen in Gruppen (Schwarze, Weiße, Asiaten, Farbige) einteilte. Dies bildete die Grundlage für die unterschiedliche Behandlung der Menschen durch den Staat, wobei vor allem der schwarzen Bevölkerungsmehrheit die grundlegenden Menschenrechte vorenthalten wurden. Das vorherrschende staatliche Instrument zur Kontrolle der Bevölkerung waren die Passgesetze, die alle erwachsenen Afrikaner zwangen, ihre Anwesenheit ausserhalb der ihnen zugewiesenen Gebiete zu rechtfertigen.

Apartheid bedeutete die räumliche und soziale Trennung der verschiedenen Gruppen. Konkret hiess dies die Vertreibung und Zwangsumsiedlung von Millionen von ihrem Land, das zu «weissem» Siedlungsgebiet erklärt wurde. Dieser Prozess der Enteignung war schon vor der Apartheid eingeleitet worden. Die bis anhin von der Landwirtschaft lebenden schwarzen Bauern wurden zu Landlosen, die sich als Wanderarbeiter im Bergbau und auf den weissen Farmen ver-

dingen mussten. Auch in den Städten wurde die räumliche Trennung vollzogen, indem Schwarze und Farbige in weit entfernte Townships umgesiedelt wurden.

Die systematisch durchgeführte Trennung umfasste auch die staatlichen Dienstleistungen. Erziehung, Gesundheitswesen, Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Strassenbau wurden gemäss rassistischen Kategorien konzipiert. Die politischen Rechte der schwarzen Bevölkerung wurden radikal beschnitten, indem ihr das Wahlrecht sowie die Versammlungs- und Organisationsfreiheit vorenthalten wurde. Die

Segregation

gewerkschaftliche Organisation, die Gründung von politischen Parteien und Organisationen waren für Schwarze verboten.

Diese während 46 Jahren geschaffenen Strukturen prägen die soziale Wirklichkeit bis heute. Zwar wurde die Rassentrennung mit der Abschaffung der Apartheid 1994 aufgehoben, und die neue südafrikanische Verfassung ist eine der fortschrittlichsten der Welt, die den Menschenrechten einen hohen Stellenwert einräumt. Die Trennlinie verläuft heute zwischen Reich und Arm, wobei Reich und Weiss nach wie vor weitgehend deckungsgleich sind, auch wenn es in der Zwischenzeit eine kleine schwarze Elite gibt. Aber auch die räumliche Segregation ist nachhaltig geblieben. Reiche leben in sogenannten Gated Communities, durch hohe Mauern abgetrennte und von privaten Sicherheitsfirmen bewachte Wohnquartiere, während die Armen wie bis anhin in den weit vom Stadtzentrum entfernten Townships wohnen.



Nomatoza Irena Jali, Leiterin einer Kinderkrippe im Township Philippi, Kapstadt.

Im letzten Jahrzehnt hat Südafrika ein ansehnliches Wirtschaftswachstum erlebt. Trotzdem ist in dieser Zeit die Ungleichheit zwischen Reichen und Armen alarmierend gestiegen, sodass Südafrika heute weltweit die höchste soziale Ungleichheit aufweist. Gemäss offiziellen Angaben leben 48 Prozent der Südafrikaner in Armut. Diese schroffen Gräben sind der Hintergrund für die Proteste, die es gegenwärtig im ganzen Land gibt. Sie zeigen die Wut und Unzufriedenheit derjenigen Menschen, deren Leben sich in den letzten Jahren nicht verändert hat. Und diese Wut ist heute grundsätzlich so explosiv wie während der Apartheid.

Lungisile Ntsebeza

Lungisile Ntsebezars Bruder hat die zweite Apartheidklage unter Paul Hoffmann mitgestaltet. Sie entstand nach dem Vorbild der Holocaustklagen. Lungisile Ntsebeza steht darin für die Klasse De-Nationalisierung. Da seine Eltern Lehrer waren, ging es ihm und seinen Geschwistern besser als den meisten anderen. Sie durften sich aber nicht frei ausserhalb der Transkei bewegen, sie konnten sich nicht Südafrikaner nennen. Schon früh wurde Lungisile Ntsebeza zum Aktivist. 1976 wurde er verhaftet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Freilassung wurde seine Bewegungsfreiheit auf den Ort Cala in der Transkei beschränkt, wo er einen Buchladen eröffnete und politische Bücher verkaufte, welche in Südafrika verboten waren, in der 'unabhängigen' Transkei ironischerweise nicht. Später ging er nach Kapstadt, um an der Universität zu studieren. Seine Doktoratsarbeit schrieb er zur Landreform, womit er sich seither in seiner Position als Soziologieprofessor an der Universität in Kapstadt beschäftigt.

Rassismus

Das Apartheid-System beruhte auf drei Säulen: Erstens historisch auf der Sklaverei und der kolonialen Eroberung durch europäische Mächte, zweitens ideologisch auf der Vorstellung einer grundsätzlichen Überlegenheit der europäischen Zivilisation und drittens mental auf dem festen Willen die weisse Vorherrschaft in Südafrika aufrecht zu erhalten. Dabei ist der Begriff der «getrennten Entwicklung», wie die Apartheid zuweilen von ihren Schöpfern benannt wurde, Schönfärberei. Im Zentrum der Apartheid stand die Sicherung der weissen Herrschaft mit allen Mitteln. Menschen afrikanischer Herkunft wurden als von Natur aus minderwertig dargestellt und behandelt, ihre Kulturen und Traditionen als primitiv und barbarisch bezeichnet. Von einigen Theoretikern der Apartheid wurde ihnen gar die Menschenwürde abgesprochen, andere sahen in ihnen eine noch zu entwickelnde Spezies, die wie Kinder (und Frauen) eines (männlichen) Vormundes bedurften. Mit dieser Ideologie wurde die Entrechtung und Enteignung der schwarzen Bevölkerung gerechtfertigt.

Dabei umfasste die Gruppe der Weissen nur knapp einen Fünftel der Bevölkerung Südafrikas. Um die Kontrolle über die nichtweisse Bevölkerungsmehrheit zu behalten, wurde ein verästeltes Polizei- und Geheimdienst mit weitreichenden Kompetenzen aufgebaut. Je stärker der Widerstand der unterdrückten Bevölkerung wurde, desto brutaler wurde dieser Repressionsapparat eingesetzt. Das Apartheid-Regime förderte sogar die chemisch-biologische Forschung, mit dem Ziel die Fruchtbarkeit von schwarzen Frauen zu beeinträchtigen.

Mental hatte sich die weisse Bevölkerung in einer Festung verschanzt und nahm Schwarze in erster Linie als Bedrohung wahr. Aus dieser Perspektive bedeutete das allgemeine Stimm- und Wahlrecht, das die Befreiungsbewegungen forderten, den Untergang der weissen Zivilisation. Dagegen stemmte sich die grosse Mehrheit der weissen Bevölkerung. Deren Beziehung zur schwarzen Bevölkerung war folglich von Angst und Misstrauen gekennzeichnet.

Begegnungen zwischen Schwarz und Weiss konnten unter der Apartheid nur in einem Verhältnis von HerrIn – DienerIn stattfinden: Der weisse Vorarbeiter und die schwarzen Mineure, die weisse Hausfrau und ihre schwarzen Hausangestellten. Die getrennte Entwicklung unterband systematisch alle anderen sozialen Kontakte durch eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen.

Im Alltag waren schwarze Menschen zahlreichen Demütigungen ausgesetzt. Auf Beleidigungen und Provokationen konnten sie nicht reagieren, weil sie sich

«Wir müssen noch Vieles verändern. Ich erhalte viele Anrufe von Hausangestellten, die sich darüber beklagen, dass sie von ihren Arbeitgebern immer noch behandelt werden wie zu Zeiten der Apartheid.»⁵

damit ins Unrecht gesetzt hätten. Um Probleme zu vermeiden, musste ein schwarzer Südafrikaner einem weissen gegenüber unterwürfig auftreten, auch wenn dieser jünger, ungebildeter und von niedrigerem sozialem Status war. Schwarze Hausangestellte wurden «girl» bzw. «boy» genannt, während die Arbeitgeber mit «Madam» bzw. «Master» angesprochen werden mussten. Beim Kreuzen auf dem Gehsteig war es klar, dass der Schwarze auf die Strasse ausweichen musste. Bei der schwarzen Bevölkerung lösten solche Praktiken verschiedene tiefgreifende Reaktionen aus: Wut und Misstrauen gegenüber Weissen auf der einen Seite, Selbsterabsetzung und Resignation/Passivität auf der anderen.

Rassistische Einstellungen und Praktiken sind im heutigen Südafrika noch keineswegs Vergangenheit – wie sollten sie auch nach einer historisch so kurzen Zeit. Sie zeigen sich in der Behandlung von Hausangestellten, wie das Zitat von Hester Stephens von der Hausangestellten-Gewerkschaft belegt. FarmarbeiterInnen berichten, dass Körperstrafen auf den Farmen immer noch gang und gäbe sind und dass sich die Betroffenen nicht getrauen, deswegen Anzeige zu erstatten. Womöglich sind die xenophoben Übergriffe der letzten Jahre auf MigrantInnen auch ein Erbe der rassistischen Tradition, in der alles «Andere» systematisch ausgegrenzt bzw. vernichtet wurde.



Einer der seltenen Kinderspielplätze im Township Philippi, Kapstadt.

«Der Gerichtsentscheid ist ein Sieg im langen Kampf für Gerechtigkeit, den die Opfer der Komplizenschaft von Konzernen mit der illegitimen Apartheid-Regierung führen.»⁶

Die Mitglieder von Khulumani – das Zuluwort bedeutet «Sprich es aus!» – waren direkt oder indirekt Opfer von politischer Gewalt während der Apartheid. Die Organisation will die von der Wahrheits- und Versöhnungskommission TRC aufgeworfenen Themen in der Öffentlichkeit präsent halten. Mit einem Mandat des Parlamentes zur Aufdeckung der begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen sollte die TRC Mitte der 1990er Jahre den friedlichen Übergang zum demokratischen Südafrika sicherstellen. In diesem Zusammenhang organisierte sie öffentliche Zeugenaussagen von Tätern und Opfern. Dabei wurde den Tätern im Austausch gegen eine wahrheitsgetreue und vollständige Aussage Amnestie angeboten, den Opfern wurden Entschädigungszahlungen in Aussicht gestellt.

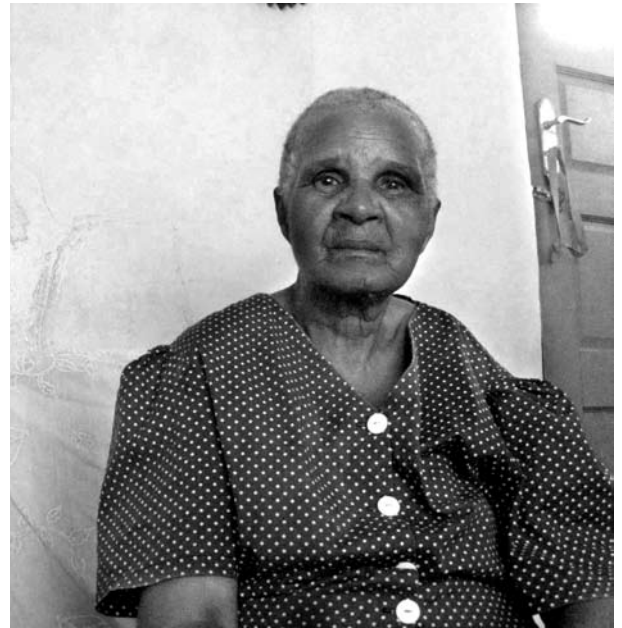
Aus losen Netzwerken von Selbsthilfegruppen der oft traumatisierten Opfer entwickelte sich Khulumani zum allgemein anerkannten Sprachrohr der Opfer, zunehmend auch jener, die vom nationalen Prozess der TRC nicht erreicht wurden. Ihre mittlerweile rund 58'000 Mitglieder und deren Geschichte sind in einer Datenbank erfasst, der umfassendsten bezüglich Menschenrechtsverletzungen unter dem Apartheid-Regime. In den letzten zehn Jahren hat sich Khu-

lumanis zudem als kritische Stimme profiliert, die an das immer noch unerledigte Geschäft der Apartheid – das «unfinished business» – erinnert. Mit öffentlichen Märschen, mit Memoranden sowie durch unermüdliche Verhandlungen mit den Behörden tritt Khulumani für die Interessen seiner Mitglieder ein. In der Lobbyarbeit der Organisation sind die Themen Wiedergutmachung und Entschädigungszahlungen zentral.

Dabei ist der Kampf für die Anerkennung der Apartheid-Opfer

Khulumani

von wachsendem Erfolg gekrönt. 2002 verklagte die Organisation in den USA transnationale Konzerne und Banken wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid-Zeit auf Reparationszahlungen. Nach verschiedenen juristischen Manövern errang Khulumani 2009 einen wichtigen Erfolg: Das zuständige Distriktgericht hat die Klagen zugelassen.



Elsie Liziwe Gishi, eine der namentlich genannten KlägerInnen der Apartheidklagen

Beauty Kotta

Beauty Kotta ist in ihren 60ern und das Oberhaupt eines Sechs-Personen-Haushaltes: mit ihrem Sohn und ihre Tochter sowie deren drei Kindern wohnen sie in einem 2-Zimmer Haus im Township Philippi ausserhalb Kapstadts. Hier leben viele, die sich nicht in das vom Staat zugewiesene Township Kayelitsha vertreiben liessen. Beauty Kotta hatte zwei Söhne. 1984 verbrannte der ältere bei der Zerstörung der informellen Siedlung Nyang Bush. Der 12-jährige Knabe konnte sich bei der Attacke der Sicherheitskräfte des Apartheidregimes nicht retten. Beauty Kottas zweiter Sohn flüchtete sich in ein Gemeinschaftszentrum, das den Opfer der gewaltsamen Vertreibung Schutz bot.

Heute lebt er wieder bei der Mutter, in Philippi nur durch eine Strasse vom ehemaligen Nyanga Bush getrennt. Er ist schwers- tens traumatisiert aufgrund dessen, was er als Junge erleben musste. Beauty Kotta kümmert sich ausserdem um die drei Kinder ihrer Tochter und muss von einer schmalen Rente leben in Verhältnissen gleich ärmlich wie in den 1980er Jahren.

Von den ursprünglich 23 beklagten Unternehmen müssen sich heute noch vier vor Gericht verantworten – IBM, Ford, Daimler und Rheinmetall. Das Gericht liess nur Klagen gegen Firmen zu, deren Geschäftstätigkeit in einer direkten Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen stand. Dies ist bei den Autoherstellern Ford und Daimler der Fall, die Fahrzeuge für die Sicherheitskräfte herstellten. IBM entwickelte die Software, mit der das Apartheid-Regime die Rassensegregation durchsetzen konnte. Rheinmetall lieferte Waffen und Munition. Für die Schweiz von besonderem Interesse ist dabei die deutsche Rheinmetall AG, welche 1999 die Waffenfabrik Oerlikon Contraves (ehemals Bührle) übernommen hat, die ihrerseits während Jahrzehnten Waffen und Lizenzen nach Südafrika lieferte.

Solche direkten Verbindungen zu Menschenrechtsverletzungen lassen sich gemäss US-Gericht für den Finanzsektor nicht nachweisen. Die Richterin hat deshalb die Banken, darunter die Schweizer UBS und CS, von der Liste der beklagten Unternehmen gestrichen.

... und die Schweiz?

So die Schlussfolgerung von Georg Kreis, dem Leiter des 2001 eingesetzten Nationalen Forschungsprogramms zur Untersuchung der Beziehungen der Schweiz zu Apartheid-Südafrika. Schweizerische ParlamentarierInnen und südafrikanische Menschenrechtsorganisationen fordern den Bundesrat seither vergeblich auf, zu den schockierenden Resultaten der Forschungsberichte Stellung zu beziehen. Danach zeichnete sich die schweizerische Aussen- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Apartheid-Regime durch Verständnis, Kollaboration und heimliche Unterstützung aus, und die Zusammenarbeit war noch systematischer und intensiver als bislang bekannt. Diese bis heute unerledigte Geschichte ist das «Unfinished Business of Apartheid» der Schweiz. Blicken wir zurück:

Der 21. März wird in Südafrika als Tag der Menschenrechte begangen, zu Ehren der 69 Toten des Massakers von Sharpeville von 1960. Dieses Jahr sind es 50 Jahre seit dem Ereignis, das eine entscheidende Wende im Widerstand gegen die Apartheid bedeutete. «Sharpeville» stürzte Südafrika in eine Krise: Die Börse brach zusammen, internationale Proteste bedrängten das Apartheid-Regime, und erste Boykottmassnahmen wurden verhängt. Tausende wurden verhaftet, und das Regime erklärte die Befreiungsbewegungen für illegal. In der Folge von Sharpeville wurde auch Nelson Mandela verhaftet, der erst 1990 nach 27 Jahren Haft freigelassen wurde.

Für Schweizer Unternehmen bot Sharpeville die Chance, die von boykottierenden Ländern aufgegebenen Geschäfte zu übernehmen. Der Goldpool wurde von London nach Zürich verlegt, und fortan wurden bis zu 80% des südafrikanischen Goldes über die Schweiz umgesetzt. Trotz eines Waffenembargos der UNO gab der Bundesrat 1963 die Lieferung von Geschützen der Firma Oerlikon Bührle an die südafrikanische Armee frei. Unbeabsichtigt gelangte der geheim abgewickelte Deal an die Öffentlichkeit und löste einen internationalen Skandal aus. Trotzdem wurde das Geschäft nicht rückgängig gemacht.

Die Schweiz verstand sich lange Zeit als Verbündete Südafrikas – zwischen der Apartheid-Elite und führenden Exponenten der schweizerischen Wirtschaft, Politik, Armee und Nachrichtendiensten bestanden enge freundschaftliche Beziehungen und gewinnbringende Geschäftsbeziehungen. In den internationalen Gremien zögerte die Schweiz lange das rassistische System Südafrikas zu verurteilen, das von der UNO 1977 als verbrecherisch erklärt worden war. Auch den von vielen Staaten ergriffenen Boykottmassnahmen schloss sich die Schweiz bis zuletzt nicht an.

Besonders die Grossbanken Bankgesellschaft SBG und Bankverein SBV (heute UBS) sowie die Kreditanstalt (heute Crédit Suisse) waren im Südafrikage-

„An sich hätte stets die Möglichkeit bestanden, ... eine Basis für eine Haltung zu schaffen, die dem menschenrechtlichen Aspekt und dem Gebot internationaler Solidarität stärker entsprochen hätte.“⁷

schäft engagiert. Sie gewährten dem Land Kredite und Gutsprachen, die für Südafrika überlebenswichtig waren. 1986 stand Südafrika kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Fritz Leutwiler, ehemaliger Präsident der schweizerischen Nationalbank, sprang ein: Die von ihm geführten Umschuldungsverhandlungen retteten das Apartheid-Regime vor dem Bankrott.

Die innerschweizerische Auseinandersetzung um die Apartheid wurde erbittert geführt. Die in der Bevölkerung gut verankerte Anti-Apartheid-Bewegung verlangte, dass die schweizerische Aussenpolitik sich an den Menschenrechten und nicht ausschliesslich an den Interessen der Wirtschaft orientieren sollte. Anders als in anderen Ländern konnten sich diese Stimmen im Parlament gegen die mächtige Wirtschafts- und Bankenlobby jedoch nicht durchsetzen. Die bürgerlichen Parteien betrachteten Südafrika als ein mit dem Westen verbündetes weisses Land, das man gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit verteidigen musste.



Khulumani-Mitglied Xoliswa Mgweba Xoliswa Mgweba mit ihrer Enkelin zuhause.

Glossar

ANC – Der Afrikanische National Kongress wurde 1923 als Partei der Schwarzen und Farbigen gegründet, führende Partei im Anti-Apartheid-Kampf und seit 1994 Regierungspartei.

Anti-Apartheid-Bewegung AAB – Breite Bewegung in Südafrika und zahlreichen Ländern, für die Abschaffung der Apartheid.

Bantu-Erziehung – 1953 wurde im Rahmen der Apartheid-Gesetzgebung ein Gesetz für «Bantu-Erziehung» verabschiedet, das eine minderwertige Schulbildung für schwarze SchülerInnen vorsah.

Bojkottbewegung – Wirtschaftssanktionen wurden von SüdafrikanerInnen gefordert, sie gehörten zu ihrer Strategie, wie gegen das Apartheidregime mobilisiert werden sollte. Für die Solidaritätsbewegungen ausserhalb Südafrikas war es selbstverständlich, die Forderungen des südafrikanischen Widerstand zu übernehmen.

Farbige – Die Rassentrennung teilte die Bevölkerung nach rassischen Kriterien ein. Neben Weissen, Schwarzen und Asiaten wurde die Gruppe der Farbigen festgelegt. Historisch hatten die Farbigen in der Kapprovins, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, mehr Rechte als die schwarze Bevölkerung.

Entschädigung – In der internationalen Gemeinschaft wird das Recht auf Wiedergutmachung und Entschädigung zunehmend als unverzichtbarer Bestandteil des Übergangs von einem Unrechtsregime zu demokratischen Verhältnissen verstanden.

Homeland – Mit der Schaffung von abgegrenzten geografischen Gebieten mit eigenen Regierungen (Homelands), die der schwarzen Bevölkerung zugeordnet wurden, verwirklichte die Regierung der National Party einen zentralen Aspekt der Apartheid-Politik. Die schwarze Bevölkerung wurde zu BürgerInnen der Homelands erklärt und aus Südafrika ausgebürgert.

Mandela, Rolihlahla Nelson – geboren am 18. Juli 1918, war einer der führenden ANC-Politiker und von 1994 bis 1999 der erste schwarze Präsident des Landes. Mandela verbrachte 27 Jahre als politischer Gefangener in Haft.

National Party – sie regierte Südafrika von 1948 bis 1994 gemäss ihrer Ideologie der Apartheid. Ihre Basis waren die Afrikaansprechenden Weissen.

Passgesetze – sie legten fest, dass Schwarze ausserhalb ihrer Reservate einen Pass auf sich tragen mussten, um ihre Anwesenheit zu rechtfertigen. In städtischen Gebieten wurden nur jene Schwarzen geduldet, die dort auch arbeiteten.

Reparationen – siehe Entschädigung

Sanktionen – Obwohl insbesondere von Drittwelt-Ländern immer wieder gefordert, verhinderten die Industrieländer verbindliche Wirtschaftssanktionen gegen den Apartheid-Staat. Einzelne Länder – nicht aber die Schweiz – verhängten aufgrund des Drucks von AAB oder bspw. der Commonwealth-Staaten einzelne Wirtschaftssanktionen.

Sowetoaufstand – Die Absicht, Afrikaans, die Sprache der burischen Herrschaftsschicht, als einzige Sprache in den Schulen zuzulassen, führte am 16. Juni 1976 zu einer Grossdemonstration von SchülerInnen in Soweto. Die Polizei reagierte äusserst brutal. Hunderte von Jugendlichen kamen ums Leben.

TRC - Truth and Reconciliation Commission, siehe Wahrheitskommission

Township – Mit dem Group Areas Act von 1950 wurde die Trennung der Wohngebiete festgeschrieben. Die in den Städten arbeitenden Schwarzen wurden in die so genannten Townships am Stadtrand zwangsumgesiedelt.

Wahrheits- und Versöhnungskommission – Sie untersuchte die politisch motivierten Verbrechen während der Zeit der Apartheid und führte dazu öffentliche Anhörungen von Opfern und Tätern aller Seiten durch. Ihr Vorsitzender war der Erzbischof Desmond Tutu. Die Kommission hatte die Kompetenz, Tätern gegen die Offenlegung der vollen Wahrheit Amnestie zu gewähren. Im Gegenzug empfahl sie der Regierung Entschädigungszahlungen für die Opfer, die jedoch erst mit Verspätung und in reduziertem Masse ausbezahlt wurden.

Waffenembargo – 1977 wurde von der UNO ein generelles Waffenembargo gegen Südafrika verhängt. Dieses wurde nachweislich durch die Oerlikon-Bührle AG durch die Erteilung von Waffenlizenzen unterlaufen.

Buchhinweise

Bell, Terry; Ntsebeza, Dumisa B., 2003: Unfinished Business. South Africa, Apartheid and Truth. London / New York

Egli, Martina; Madörin, Mascha; Müller, Barbara; Richner, Susi; 2004: Diskrete Diplomatie als Alibi. Die Schweizer Aussenpolitik gegenüber der Apartheid. ZeitzeugInnen erinnern sich. SOLIFONDS (Hg.), Zürich

Kreis, Georg, 2005: Die Schweiz und Südafrika 1948 - 1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+. Bern/Stuttgart/Wien

Inkota-Brief 151, 2010: Südafrika vor der WM, Berlin

iz3w, 2010: Zwischenstopp am Kap – Südafrika abseits der WM, Freiburg/Br.

Madörin, Mascha, 2008: Helfer der Apartheid oder 'Verlässliche Freunde'. Wie die Schweizer Banken das südafrikanische Apartheid-Regime stützten. Zürich

diess., 2005: Isolate Apartheid - Free South Africa. Die internationale Debatte zu Sanktionen. Recherchiergruppe Schweiz - Südafrika (Hg.). Zürich

Madörin, Mascha; Wellmer, Gottfried; Egli, Martina, 1999: Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz. Brot für die Welt (Hg.), Stuttgart

Morgenrath, Birgit; Wellmer, Gottfried, 2003: Deutsches Kapital am Kap. Kollaboration mit dem Apartheidregime. Hamburg

Nunn, Malama, 2009: Ein schöner Ort zu sterben. (Roman). Rütten Löhning

Terreblanche, Sampie, 2002: A History of Inequality in South Africa, 1652 - 2002. Natal Univ. Press

Recherchiergruppe Schweiz - Südafrika, 2005: Kollaboration mit dem Apartheidregime. Skandalöse Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms 42+. In: WIDER-SPRUCH 49, Zürich

Schäfer, Rita, 2008: Im Schatten der Apartheid, Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika. Münster

Wellmer, Gottfried, 2002: Kredite an ES-KOM. Ein Beispiel von Kollaboration mit dem Apartheidregime. Recherchiergruppe Schweiz - Südafrika (Hg.). Zürich

Der Dokumentarfilm

«When the Mountain Meets its Shadow – Im Schatten des Tafelberges» – von A. Kleider und D. Michel. Anschaulich zeigt er anhand von vier ProtagonistInnen ungelöste Probleme aus der Apartheidzeit.

→ www.dok-werk.com

Zitate

- 1 Terreblanche, 2002, 27
- 2 ebd., 29
- 3 Rita Schäfer in iz3w 2010
- 4 So der ideologische Begründer der Apartheid und langjährige Ministerpräsident Hendrik F. Verwoerd
- 5 Hester Stephens, Hausangestellte und Präsidentin der südafrikanischen Hausangestellten-Gewerkschaft SADSAWU (Aussage in Videoaufnahme 2010)
- 6 Khulumani, Pressecommuniqué, Oktober 2007
- 7 Kreis, 2005, 491

**Impressum:**

Redaktion: Rita Kesselring, Barbara Müller, Urs Sekinger;
Foto Titelblatt: Kundgebung von Khulumani-Mitgliedern vor dem Parlament in Kapstadt 2005; Fotos: Rita Kesselring
Herausgeberin: KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel / www.apartheid-reparations.ch

Unterstützt durch: Brot für alle, Fastenopfer, FEPA, HEKS, OeME-RefBeJuSo, OeMe St. Gallen, SOLIFONDS, terre des hommes schweiz